

# Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis M. 3.80 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;  
durch die Post im Orts- und Oberamtbezirk M. 4.00,  
im sonst. inländischen Verkehr M. 4.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile ober deren  
Raum 10 Pfg., auswärts 25 Pfg. Reklamezeilen  
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 108. Fernsprecher Nr. 28.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft

Schriftl.: L. H. G. & Co., beide in Wildbad.

Nr. 280

Dienstag, 9. Dezember 1919

Jahrgang 53

## Deutsch-Ostafrikas Heldenlied.

Von Hans Sachs, Geh. Reg. Rat im Reichskolonialministerium.

Vor wenigen Tagen ist ein in kolonialen Kreisen erwartetes Buch, das abschließende Werk des letzten Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika erschienen. Es gehört zum Besten, was über Ostafrika geschrieben worden ist.

Viele von uns zu Hause sind in der Beurteilung der Leistungen im Kolonialkrieg 1914/18 etwas einseitig. Ihn vom leuchtenden Ruhmesglanz der Schutztruppen gebanntes Auge übersehen leicht die gewaltigen Leistungen der Zivilverwaltungen unserer Schutzgebiete, Leistungen vieler Jahre, die der kämpfenden Truppe oft erst das Durchhalten ermöglicht, die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für ruhmvolle Kriegsarbeiten geschaffen haben. Es genügt, das Wort „Eingeborenepolitik“ auszusprechen. Auf dem großartigen und ergreifenden Kriegsbildnis, das uns Ostafrika vier lange Jahre hindurch geboten hat, steht vorne die Heldengestalt Lettow-Vorbeck's. Aber Dr. Heinrich Schnee darf ohne Uebersetzung neben ihn treten. Beide, der Soldat und Zivilgouverneur haben sich aufs wertvollste ergänzt.

In dem Buch hören wir nicht nur von siegreichen Kämpfen, von der heroischen Ausdauer der schließlich auf portugiesisches Gebiet übergetretenen, acht schwere Monate lang dort von allen Seiten umstellten und gehehen deutschen Heiden, wir sehen auch, mit welcher beispiellosen Tapferkeit alle Hilfsquellen des Landes für den Verzweiflungskampf erschlossen worden waren, wie unsere Wägen, abgeschnitten von der Heimat, drüben gelebt, wie sie neben dem Kriegshandwerk ihre Lebensmittel anzeubaut, ihr Leder für das Schuhzeug gegerbt, ihr Tuch respinnen und gewebt, ihre Medikamente, insbesondere das wertvolle Chinin, schließlich selber fabriziert, ihr eigenes Vieh geprügelt haben. (Glücklich der Sammler, dem es gelang, eine der seltenen ostafrikanischen Kriegsgoldmünzen mit dem lebenswahren köstlichen Elefanten aufzutreiben!).

Aber das Buch ist noch mehr. Es ist die Schlussbilanz — nach mancher Richtung unserer ganzen deutschen Kolonialpolitik, jedenfalls derjenigen unseres größten Schutzgebietes. Der Friede von Versailles hat ja dem deutschen Reich seine Kolonien mit der Begründung abgeprochen, daß das deutsche Volk unfähig und unwürdig zum Kolonisieren sei. Beim Lesen dieses Buches werden wir uns in zorniger Empörung erneut dessen bewußt, wie ungeheure Mühe England mit dieser Behauptung in die Welt gesetzt hat. Leider mit Erfolg! Denn die belagerte Menschheit glaubte, was unser Feind sagte. Und da wir von der Welt abgesperrt waren, konnten wir nicht antworten. Schnee zeigt uns, wie er mit seinen Mitarbeitern die Ruhe unter einer Bevölkerung von acht Millionen Eingeborenen bei nur 6000 Europäern aufrecht erhalten konnte, wie die ganze schwarze Bevölkerung mit uns und für uns arbeitete, wie die Askaris Treue hielten in Not und Tod. All das, weil wir — nach englischer Lage — verhaßt waren als Feind der schwarzen Mannes, weil wir ob unserer grausamen Eingeborenepolitik nicht würdig sind, Kulturarbeit unter den primitiven Völkern der Erde zu leisten! „Deutele“, so fragt Schnee mit Recht, „der blühende wirtschaftliche Zustand, in dem sich Deutsch-Ostafrika vor dem Krieg befand, auf ein Verfallenen auf dem Gebiet der kolonialen Zivilisation hin? Kann wirklich jemand glauben, daß ein grausam unterdrücktes Volk sich gegen seine Bedrücker so verhalten hätte? Sind die geradezu erkaunlichen Leistungen der Schwarzen Handlungen von Deuten, die durch Zwang niedergehalten wurden und nur den Freier herbeiziehnten? Auch in der Frage der Eingeborenenbehandlung gilt das Wort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Während die Eingeborenen Deutsch-Ostafrikas im Krieg treu zu uns hielten, brachen in den englischen Nachbarcolonien wiederholt Aufstände aus, obwohl dort kein weißer Feind im Lande stand, wie bei uns. Sowohl in Uganda, als auch in Britisch-Nyasaland erhoben sich Eingeborenenstämme. In der letzten Kolonie schlugen sie die Beamten tot. Ein

Hauptling hat sogar den deutschen Gouverneur gegen die Engländer um Hilfe. — Eine beißende Ironie des Schicksals ist es auch, daß gerade von Belgien, die wegen barbarischer Behandlung der Eingeborenen — man denke an die sogenannten Konflogreuel! — berüchtigt sind, der westliche Teil Deutsch-Ostafrikas von den alliierten und assoziierten Kulturhütern beim Friedensschluß übertragen worden ist.

In einem hellen Ton der Zuversicht und der bestimmten Hoffnung auf eine neue koloniale Weltfindung des deutschen Volks klingt das Heldenlied von Ostafrika aus. Schnee schließt mit den schönen und schlichten Worten: „Deutschland hat auf kolonialem Gebiet gezeigt, daß es den westlichen Völkern mindestens gleichwertig ist. Mögen diejenigen, die insbesondere in Bezug auf Behandlung von Eingeborenen, anderes behaupten, mit ihren Angaben herauskommen und sie dem Spruch eines unparteiischen Gerichtshofs unterwerfen. Ich stehe für Ostafrika ein, und übernehme nach jeder Richtung hin die Verantwortung. Ich weiß nicht, daß meine Kollegen in den anderen deutschen Kolonien das Gleiche tun können. Das deutsche Volk darf die Entscheidung des Friedens in Bezug auf die Kolonien nicht als endgültig hinnehmen. Es muß auf die Revision des Vertrags dringen. Nur wenn wir draußen in der Welt in großen Kolonien wieder ein Feld der Betätigung haben, kann Deutschland darauf rechnen, in friedlichen Beziehungen der Völker eine Volkszahl und seinen Fähigkeiten angemessene Stellung zu erlangen.“

\*) Gouverneur H. Schnee: Deutsch-Ostafrika im Weltkriege. Wie wir lebten und kämpften. Verlag: Quelle und Meyer in Leipzig. Mit 5 Karten und vielen farbigen und schwarzen Tafeln. Preis 20 Mark.

## Der Brief Trotha's.

Berlin, 7. Dez. (Amtlich.) Der Wortlaut des von Reuterschen Bureau am 4. Dezember zum Beweis der deutschen Verantwortlichkeit für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow veröffentlichten Briefes des Admirals v. Trotha an Admiral v. Reuter vom 9. Mai 1919 wird amtlich veröffentlicht. Es heißt darin:

Civ. Hochwohlgeboren mögen überzeugt sein, daß die selbstverständliche Pflicht unserer Marineunterführer in Versailles sein wird, das Schicksal des Internierungsverbands mit allen Mitteln zu verteidigen und eine unserer Traditionen und dem unzweifelhaften deutschen Recht entsprechende Lösung herbeizuführen. Hier bei wird an erster Stelle die Bedingung stehen, daß der Verband deutsch bleiben soll, daß sein Schicksal, wie es sich auch unter dem Druck der politischen Lage gestalten möge, nicht ohne unsere Mitwirkung bestimmt und von uns selbst vollzogen wird, und daß eine Auslieferung an den Feind ausgeschlossen bleibt. Wir müssen hoffen, daß diese gerechten Forderungen sich im Rahmen unserer gesamten politischen Stellung im Friedensstrage erfolgreich behaupten werden. Ich bitte Civ. Hochwohlgeboren, den Offizieren und Befehlshabern des Internierungsverbands nach Möglichkeit meine Freundschaft darüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie ihrerseits unsere selbstverständliche Hoffnung, den Internierungsverband der deutschen Flagge zu erhalten, so lebhaft nähren und dem starken Wunsche, unserem guten Recht zum Siege zu verhelfen, Ausdruck geben. Dieser Geist wird geeignet sein, die deutschen Friedensunterhändler in ihren Bemühungen auf dem Friedenskongress zu stützen. Von dem Erfolg dieser Bemühungen wird das Schicksal der ganzen Marine abhängen. Sie werden hoffentlich die durch den Wortbruch unserer Feinde sich so grausam gestaltende Internierung beendigen, deren Leiden und Mühen die gesamte Marine bedauert, die aber den Befehlungen unvergeßen bleiben sollen.

(Bez.) v. Trotha.

Aus dem Schreiben geht deutlich hervor, daß Admiral v. Trotha den Befehl zur Versenkung nicht gegeben hat, daß er überhaupt von der Versenkung keine Kenntnis hatte. Was der Brief bezweckt, ist vielmehr die Beschuldigung der Schiffsbefehlshaber über ihr Schicksal. Es ist daher

unverständlich, wie die Engländer aufgrund dieses Briefes behaupten können, der Befehl zur Versenkung sei von Berlin gegeben worden.

## Der Ausverkauf.

Das württembergische und badische Oberland ist gegenwärtig von Spekulanten aus der Schweiz geradezu überflutet. Von der badisch-schweizerischen Grenze wurden schon wiederholt Klagen geführt, daß die Schweizer unter Ausnutzung des tiefen Marktpreises alles aufkaufen, was ihnen erreichbar ist, sodaß die eigene Bevölkerung oft nicht mehr das Nötigste kaufen kann. Die gleiche Klage führt die Handelskammer in Ravensburg. Sie schreibt und:

Die Güter durch einrückende Schweizer in Detailhandeln des Oberlands haben in letzter Zeit einen Umfang angenommen, daß man bald von einem völligen Ausverkauf vieler Geschäfte und Branchen wird reden muß. Waren aller Art, die wichtigsten Bedarfsartikel, namentlich Haushaltungsartikel werden durch Schweizer oder ihre deutschen Hülfskräfte in Massen gekauft und über die Grenze gebracht. Leider wird bei diesen Verkäufen an Ausländer seitens unserer Geschäfte der niedrige Stand unserer Valuta und der hiermit für den ausländischen Käufer verbundenen große Vorteil noch zu wenig beachtet, so daß die Waren zu einem Preis abgegeben werden, der nicht nur dem Inlandspreis abgeben, sondern auch zu einer Verschönerung des Volkswirtschafts, die unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht ertragen kann und die sehr bitter werden lassen müßten. Wir werden später gerungen sein, die wichtigsten Bedarfsartikel um keinen Preis vom Ausland zurückzukaufen. Es ist dringend notwendig, daß auch seitens des Detailhandels bei allen Verkäufen an Ausländer ein unserer niedrigen Valuta entsprechender Aufschlag auf den Inlandspreis berechnet wird; andernfalls soll der Verkauf an Ausländer abgelehnt werden. Es wird nicht immer möglich sein, festzustellen, ob die Ware ins Ausland geht, der Ausländer wird vielfach einen deutschen Bekannten zum Einkauf vorschreiben. Die Geschäftsinhaber werden aber gebeten, wenigstens bei allen größeren Einkäufen zu prüfen und nachzuforschen, ob die Ware nicht für das Ausland bestimmt ist; in Zweifelsfällen sollte der Verkauf abgelehnt oder zurückgestellt werden.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 5. Dez.

Die Regierungsvertreter hatten zu Beginn der heutigen Sitzung eine lange Reihe von Anfragen zu beantworten. Das Wichtigste daraus ist, daß die Kohlenvorräte auf die Höhe stehen; es ist also nicht davon die Rede, daß der Bestand durch die tägliche Förderung auf gleicher Höhe erhalten oder gar vermehrt wird, sondern er nimmt ab, und für die Industrie bleibt nur ein unzureichender Rest. Ueber die Weihnachtsfeiertage wird zwar keine Verkehrssperre zu erwarten sein, allerdings auch keine Verbesserung der Reisemöglichkeit, ob aber nach den Weihnachtsfeiertagen keine Verkehrssperre kommt? Wir wollen hoffen. — In der Aussprache über die Finanzgesetzte erklärte Abg. Keil namens der Sozialdemokratie die Zustimmung zu den neuen Steuern, aber sie sollten das Kapital treffen. Auch Abg. Lehner (B.) war mit dem Reformplan einverstanden, er wünscht jedoch nicht, daß bei der unvermeidlichen Ermäßigung des deutschen Volks die Steuerträge an Vermögen und Einkommen sehr sinken werden. Reichsfinanzminister Erzberger berührte die wieder in die Diskussion gerückte Frage, ob nicht Gefahr sei, daß die Entente ihre Hand auf die Milliarden der neuen Steuern und des Reichsnotopfers legen werde. Der Minister hält es nicht für möglich, weil dies ein Verstoß wider den Vertrag und wider Recht und Billigkeit wäre, wie aus einem Gutachten des Reichsjustizministers, das Erzberger verliest, hervorgeht. Allerdings konnte der Minister keine Sicherheit dafür geben, daß die Entente das Gutachten des Reichsjustizministers auch als bestimmend aner-

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919





rennt. Abg. Vernburg (D.D.P.) ist davon noch nicht überzeugt, jedenfalls solle nach seiner Meinung das Reichsnotopfer erst erhoben werden, wenn die Absichten der Entente klar ersichtlich sind. Das freilich Uebel an der deutschen Volkswirtschaft erblickt Vernburg in der ungeheuren Ausgabe von Reichsbanknoten. Eine Befreiung unserer Finanzen sei unmöglich, solange monatlich 2 bis 3 Milliarden Noten verausgabt werden. Im nächsten Frühjahr werde dadurch die schwebende Schuld auf 122 Milliarden angewachsen sein. Zur Umwandlung dieser schwebenden Schuld in eine fundierte werde man das Kapital der Sparen brauchen, das daher nicht vorher durch übermäßige Steuerbelastung aufgezehrt werden dürfe. Die demokratische Partei werde an dem Finanzgesetz mitarbeiten.

Aus der Beantwortung einer Reihe von Anfragen durch die Regierung geht hervor, daß dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat je ein Vertreter des Einzelhandels und des Handwerks, sowie je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beigegeben werden. Die Reichsschulkonferenz wird im Frühjahr zusammengetreten. Die Regierung wird sich eine sachgemäße Zusammenfassung derselben zur Aufgabe machen. Die Kohlenvorräte gehen auf die Höhe, für die Industrie bleibt nur ein unzureichender Rest. Besonders bedacht wird die Kuppelindustrie und die Ernährungsindustrie. Die Reichsregierung ist bereit, ein Weingebiet zu besetzen. Eine Notverordnung wird vorbereitet, die die dringenden Änderungen betreffend die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorzieht. In Vorbereitung befindet sich ferner ein Gesetz über Arbeitergerichte. Ein Gesetzentwurf über die Schlichtungsanstalten steht bevor. Die deutschen Gefangenen aus Malta dürften am 8. oder 9. Dezember heimkehren. Eine Wiederholung der Verkehrsperre für die Weimachzeit steht nicht in Aussicht; andererseits ist aber auch ein vermehrter Verkehr unmöglich.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Landessteuergesetz. Abg. Reil (S.): Auf die Erträge der Erbschaftsteuer ist jahresweise in ständiger Weise verzichtet worden. Das Reichsnotopfer muß schnellstens verabschiedet werden. Hoffentlich ist die Besteuerung der juristischen Personen in Vorbereitung, sie müßte auch im April 20 in Kraft treten. Das Existenzminimum muß heraufgesetzt werden. Die Familienbesteuerung lehnt er ab. Die Kapitalertragssteuer eignet sich ganz besonders als Reichsteuer; aber sie muß progressiv gestaltet werden, nicht proportional. Den kleinen Rentnern tut größte Schonung not. Die Zölle sollen vorwiegend Finanzzölle werden; aber das hängt von unserem Verhältnis zum Ausland ab. Die Erträge aus der Zölle sind daher unsicher. Eine Erhöhung der Kohlensteuer ist bedenklich.

Abg. Dr. Jahnke (S.): Eine Verarmung des deutschen Volks steht bevor und dann werden die Erträge aus Vermögen und Einkommen sehr sinken. An der Notwendigkeit einer Reichs- und Einkommensteuer zweifelt niemand. Der neue Steuertarif verleiht zunächst, im Vergleich zu den früheren Tarifen der Einzelstaaten; aber natürlich müssen die bisherigen vielfachen Zuschläge der Gemeinden in Rechnung gezogen werden. Es wäre zu erwägen, ob man die steuerfreie Grenze etwas hinausrückt.

Minister Erzberger: Die 24 Milliarden müssen aufgebracht werden. Die Regierung erklärt: Der Entente steht das Recht nicht zu, die Erträge des Reichsnotopfers anzulasten. Solange Deutschland zahlt, kann Deutschland auf die Zölle zahlen, die es selber will. Das Körperschaftsteuergesetz wird noch in diesem Monat veröffentlicht werden. Ein einheitliches Abwägungssystem wird geschaffen werden, das die bestehenden Abwägungssysteme zusammenfaßt. Bis zum 1. Mai 1920 spätestens soll die Gesamtabwägung nach der persönlichen Seite hin erledigt werden. Die materielle Seite der Gesamtliquidation des Kriegs wird mit allergrößter Beschleunigung durchgeführt werden.

Abg. Vernburg (D.D.P.): Die Entente müßte aus dem Ernst, mit dem wir friedlich gegen uns selbst vorgehen, erkennen, daß wir den Frieden erfüllen wollen. Die Hoffnung der Sozialisten auf die Internationale trägt. Die Reichseinkommensteuer halten wir für zweckmäßig. Die Kriegs- und Reparationsgewinnler müssen auf das Schärfste herangezogen werden. Das Reichsnotopfer darf erst dann zur Erhebung gelangen, wenn die Absichten der Entente klar ersichtlich sind. Aus unserer Bälantat können wir nur dann herauskommen, wenn wir unsere Ausgabe steigern und wenn unsere Schulden beim Ausland nicht mehr so hoch sind, sonst folgt der Kapitalflucht und Kapitalsturz. Auf ausländische Kredite können wir zur Zeit nicht rechnen. Wir müssen versuchen, aus unserer Not mit eigener Kraft herauszukommen. Die Fundierung unserer schwebenden Schuld ist eine Hauptaufgabe.

### Verletzung der deutschen Hoheitsrechte.

**Kiel, 7. Dez.** Am 5. Dez. vormittags wurde auf der Offize-Station ein englischer Dampfer mit Kriegsgefangenen gemeldet. Als der Dampfer bei der Holtenauer Schleuse ankerte, kam die Meldung, daß ein Mann an Bord gegangen und von einer englischen Patrouille, die dabei 3-4 Schüsse abgegeben habe, verfolgt worden sei. Der Kommandant der Offize-Station ließ darauf die Schleuse mit Reichswehr besetzen. Die Küster Polizei ging an Bord, um die Angelegenheit zu untersuchen. Die Leute, die sich auf dem Dampfer befanden, glaubten, daß sie nach Danzig verschleppt werden sollten. Sie sind in England aus den Gefangenenlagern, aufgrund ihres russischen Namens ausgehört worden. Die Leute uverten die Befürchtung, daß sie zwangsweise in die östliche Legion eingereiht werden würden. Sie wurden in diesem Verdacht dadurch bestärkt, daß sich an Bord des Dampfers 400 polnische Legionäre befanden, ebenfalls frühere deutsche Kriegsgefangene, die auf täglichen Druck hin in die Legion eingetreten sind. Auf den Hinweis, daß die Leute sich in deutschen Hoheitsgewässern befänden und daß der Begriff Kriegsgefangene jetzt überhaupt nicht mehr zutraf, ließ der Kapitän und der englische Offizier, der das Begleitmando führte, ungefähr 600 Leute, die nicht mehr auf dem Dampfer bleiben wollten, unter Protest freigegeben. 50 bis 100 Mann blieben auf dem Dampfer und sind nach Danzig weitergefahren. Es sind Bewo-

**Aufhebung des Belagerungszustands.**

**Berlin, 7. Dez.** Der Belagerungszustand über Groß-Berlin ist aufgehoben worden.

### Besetzung des Kohlengebiets?

**Berlin, 7. Dez.** Der „Nationalzeitung“ wird aus Paris gemeldet, Marshall Foch habe dem Obersten Rat die Besetzung des Ruhrkohlengebiete mit Essen und der Stadt Frankfurt a. M. vorgeschlagen. Nach der „Tägl. Rundschau“ soll das Besatzungsheer verstärkt werden.

### Die Kohlennot.

**Berlin, 7. Dez.** Nach den beim Reichskohlenkommissar eingegangenen Berichten aus dem Reich fehlen mehr als 60 Prozent der für die nächsten drei Wochen notwendigen Kohlenmengen.

### Betriebs Einstellung.

**Oberhausen (Rheinpr.), 7. Dez.** Die Zeche „Concordia“ hat wegen Verweigerung der Arbeiter, auf der Arbeitsstelle zu arbeiten, den Betrieb auf Veranlassung des Reichskommissars geschlossen. In einer Belegschaftsversammlung wurde eine einmalige Beschäftigungsbeihilfe von 1000 Mark für Verheiratete und für jedes Kind eine Zulage von 250 Mark gefordert, ferner ein Mindestlohn von 30 Mark täglich. Außerdem wurde Einführung der achtstündigen Schicht verlangt. Der zwischen dem Zecheverband und den vier großen Bergarbeiterverbänden abgeschlossene Tarifvertrag wurde abgelehnt.

**Köln, 7. Dez.** Die Angestellten von 30 Großhandelsfirmen sind in den Ausstand getreten.

**Dresden, 7. Dez.** In der sächsischen Metallindustrie ist eine Lohnbewegung ausgebrochen, die fast alle Betriebe umfaßt. Eine Anzahl großer Werke mußte stillgelegt werden.

### Von der Friedenskonferenz.

**Paris, 7. Dez. (Havas.)** Nach dem „Temps“ hat die deutsche Regierung der Friedenskonferenz eine Note zugehen lassen, wodurch die Mitteilung des Obersten Rats vom 1. Dezember betreffend die Rüstungen Deutschlands beantwortet wird.

Hinsichtlich einer offiziellen deutschen Nachricht, die besagt, daß Herr v. Ferner seitens Deutschland Weisungen zugegangen seien zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Frage der Auslieferung der Schulden, sagt der „Temps“, daß darüber in Paris nichts bekannt sei. Die Großmächte wurden auch nicht davon unterrichtet, daß die deutsche Regierung sich entschlössen habe, andere Unterhändler nach Paris zu schicken.

**Paris, 7. Dez.** Der „Intransigent“ schreibt, der Oberste Rat sei damit beschäftigt, Maßnahmen zu treffen, um den finanziellen Schwierigkeiten aller Länder, unbegriffen die früheren Feinde, durch einen internationalen Kredit entgegenzutreten. Gegenwärtig werden dringende Vorstellungen bei der Washingtoner Regierung erjoben. — Havas bemerkt hierzu, daß ein Konsortium der bedeutendsten amerikanischen Bankiers um Bekanntheit der Berichte ersucht habe, die von den Chefs der französischen, englischen und italienischen Handelsmissionen die Vereinigten Staaten besuchten, erstattet worden seien.

### Oesterreichisch-ungarische Zollgrenze.

**Wien, 7. Dez.** Infolge Anwendung der autonomen Zollsätze Ungarns gegenüber Oesterreich und anderen Nationalstaaten wurde auch oesterreichsweitens gegenüber Ungarn ein autonomer Zolltarif in Kraft gesetzt.

### Unruhen in Zunsbrud.

**Zunsbrud, 7. Dez.** In Zunsbrud veranlaßten die Arbeiter eine Kundgebung wegen der Lebensmittelnot. Es kam dabei zu starken Ausschreitungen und da die Gendarmerie und die Polizei nicht mehr imstande waren, die Ordnung zu sichern, griff italienisches Militär ein. Ein Offizier und mehrere Soldaten wurden verletzt.

### Die englische Humanität.

**Simla, 7. Dez.** Die britisch-indischen Truppen unter dem General Climo haben die Strafexpedition gegen einige Grenzstämme in Afghanistan angetreten und vernichteten bis 17. November neun Dörfer der Afghanen durch Brand. Die Bewohner waren fast alle getötet, doch fanden die Soldaten zahlreiche Leichen bei den Dörfern liegen, die durch britische Flieger getötet worden waren. Auf ihrem weiteren Vormarsch sind die Truppen von afghanischen Bergpatrouillen überfallen worden, wodurch sie gegen 100 Mann verloren. Sie machten einige Gefangene, die über die britischen Fliegerangriffe gräßliche Aussagen machten. Die englischen Flieger kamen sehr tief bis auf die Hüften herunter und setzten mit ihren Bomben alles in Brand. Sie verfolgten auch die fliehenden Frauen und Kinder, von denen die meisten umkamen. Viele afghanische Krieger haben ihre Frauen und Kinder erschossen, damit sie den Engländern nicht in die Hände fielen. Die Wit der Afghanen ist auf höchste Not gekommen. Sie sandten Boten an die Bolschewiken, daß sie ihnen Hilfe schickten. Man schätzt die Zahl der ermordeten Afghanen mit Frauen und Kindern auf über viertausend. Die englischen Truppen führen alles Vieh und wertvolles Eigentum der Afghanen mit sich. Die britische Kavallerie kehrt in den nächsten Tagen nach Indien zurück. Die Kunde von diesem in Afghanistan angerichteten Blutbad ist bis nach Indien und Persien gedrungen und hat dort Haß und Verachtung gegen die Engländer hervorgerufen. Aus Persien drachten letzter Tage schon verschiedene Diplomaten, daß die Ruhe im Lande in nächster Zeit gestört werden könnte, da man erfahre, daß britische Truppen in größerer Zahl in Persien stationiert werden. Es heißt, daß nach dem abgeschlossenen Vertrag mit Persien England das Recht habe, in Persien britische Garnisonen zu unterhalten.

### Die Akkordarbeit.

**Bremen, 7. Dez.** Die Arbeiter der A.-G. Weiser haben sich mit 2897 gegen 1911 Stimmen für die Wiedereinführung der Akkordarbeit entschieden. Auch die Arbeiter der Atlaswerke, deren Betrieb seit 11 Wochen ruhe, haben sich mit 439 gegen 245 Stimmen für die Akkordarbeit ausgesprochen.

### Die Borarlberger Frage.

**Bern, 7. Dez.** Schweiz. Dep. Agentur. Gegenüber amtlichen Erklärungen der oesterreichischen Regierung sieht sich der Bundesrat veranlaßt, festzustellen, daß er niemals das geringste getan habe, was als Ermütigung für Borarlberg, sich von Oesterreich zu trennen, angesehen werden könnte.

### Von der Friedenskonferenz.

**Paris, 7. Dez.** Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta übergab dem Obersten Rat einen

ergreifenden Brief des Staatskanzlers Renner, der auf die hoffnungslose Lage in Wien aufmerksam macht. Renner ersucht um die Erlaubnis, nach Paris zu kommen, um Hilfe zu erbitten. Der Oberste Rat hat seine Zustimmung dazu gegeben.

### Maßregeln gegen Deutschland.

**Paris, 7. Dez.** Der „Main“ versichert, England und Frankreich seien über gegen Deutschland zu ergreifenden diplomatischen und militärischen Maßnahmen einig. „Erzletor“ schreibt, die von der amerikanischen Regierung in Berlin unternommenen Schritte (welche? D. Schr.) seien auf die gegenwärtig in Berlin sich vollziehende Entwicklung nicht ohne Einfluß geblieben. Eine gestern abgeordnete Note (Clemenceaus) laude die deutsche Regierung ein, diese Entwicklung zu beschleunigen. Der Jahrgang 1920 soll Anfang nächsten Jahres zu den Waffen gerufen werden.

### Der englisch-französische Schutzvertrag.

**Paris, 7. Dez.** „Eclair“ behauptet, auch wenn die Vereinigten Staaten nicht beitreten, werde England seine Hilfe für Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs vertraglich festlegen.

### Ein Todesurteil.

**Paris, 7. Dez.** Die Presse de Paris meldet, daß Kriegsgericht in Amiens habe einen deutschen Kriegsgefangenen, der einem französischen Wächter zwei Faustschläge versetzt haben soll, zum Tode verurteilt. (1)

### Lokales.

— **Erhöhung von Postgebühren.** Bei Postfrachtlagen nach Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz ist zur Annäherung an den Kursstand der deutschen Mark der deutsche Gegenwert für die fremden Gebühren erhöht worden. Der tiefe Valutastand zwingt uns, den Franken mit 2,80 Mk. zu rechnen. Auch die Telegraphengebühren für den Verkehr mit dem Ausland sind erhöht worden. Im Verkehr mit Ungarn beträgt die Gebühr pro Wort 70 Pfg. (bisher 55 Pfg.).

— **Telegramme nach Japan** sind wieder zulässig; die japanische Verwaltung übernimmt aber für Verzögerungen auf ihren Linien keine Verantwortung. Die Wortgebühren betragen 12,65 Mark.

— **Erhöhung der Eisenpreise.** Das Reichswirtschaftsministerium hat die vom Stahlbund und Roheisenverband beantragte Erhöhung des Stahl- und Eisenpreises für Dezember genehmigt, sich jedoch die Einführung von Höchstpreisen und die Errichtung einer Ausgleichskasse vorbehalten. Die Erhöhungen schwanken zwischen 250-436 Mk. Zugleich hat der deutsche Stahlwerksbund mit Genehmigung der Regierung die Preise für Eisenbahnmateriale wie folgt festgesetzt: Schwere Schienen und Schwellen 1870-1900 (gegen bisher 1000 bis 1100) Mk., Gruben- und Feldbahnschienen 1770-1800 (1020-1050) Mk., Rollenschienen 2200-2250 (1350 bis 1380) Mk.

— **Höchstpreise für Herbstgemüse.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat mit Wirkung ab 1. Dezember 1919 folgende Höchstpreise im Großhandel festgesetzt: Herbstweißkohl 4 Mk. der Zentner, Dauerweißkohl 6 Mk., Herbstrotkohl 7,50 Mk., Dauerrotkohl 9,50 Mk., Grünkohl 7 Mk., Dauergrünkohl 9 Mk., vom 1. Februar 1920 ab 10 Mk., vom 1. Januar 1920 ab 12 Mk., rote Möhren und Karotten 7 Mk., gelbe Möhren 5 Mk., weiße Möhren 3 Mk., Zwiebeln 13 Mk. (vom 1. Januar 1920 ab 15 Mk., vom 1. Februar 1920 ab 18 Mk., vom 1. März 1920 ab 21 Mk.). Hat der Anbauer besondere Anwendungen an Arbeit oder an Kosten für die Aufbewahrung gehabt (Einmieten, Einkellern und dergleichen), so erhält er als Vergütung einen steigenden Zuschlag von durchschnittlich 25 Pfg für jeden halben Monat.

— **Das Aufgeld für Zölle in Gold** beträgt für die Woche vom 7. bis 13. Dezember 830 Prozent.

— **Ablieferungsprämien für Getreide und Kartoffeln.** Dem Reichsrat ist der Entwurf einer Verordnung über die Zahlung der Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln zur Beschäftigung zugegangen. Danach soll den Landwirten, die eine bestimmten Prozentsatz ihrer Ablieferungsobligat an Brotgetreide und Gerste erfüllt haben, eine steigende Prämie für jeden abgelieferten Zentner und den Kartoffel erzeugern ebenso eine steigende Prämie für jeden über die Hälfte ihres Ablieferungsolls gelieferten Zentne Kartoffel gewährt werden, wobei die vor dem Inkrafttreten der Verordnung bereits abgelieferten Mengen berücksichtigt werden sollen. Wenn durch diese Prämien auch die Preise der genannten Produkte eine Erhöhung erfahren, so wird diese Belastung der Verbraucher dadurch wieder vermindert, daß mit jeder vermehrten Ablieferung sich die notwendige teure Einfuhr aus dem Ausland ermäßigt.

— **Die Schuhe werden noch teurer.** Die Lederpreise haben in letzter Zeit beinahe eine fabelhafte Steigerung erfahren. So werden von einzelnen Lederhändlern 76 Mark für das Rito Bodenleder verlangt und noch ist ein Stillstand nicht abzusehen, denn die Lederpreise stehen noch lange nicht im Einklang mit den Preisen für Rohhäute; wurden doch unlängst für ein Rohhaut 1350 Mark bezahlt. Auch von den Schuhfabrikanten werden die Preise für fertige Schuhwaren nur als Uebergangspreise bezeichnet. Ebenso sind die Preise für Futturen, Garn, Faden, Nägel usw. ständig im Steigen, weshalb die Schuhmacher ebenfalls gewonnen sind, ihre Preise entsprechend zu erhöhen. Daß diese Preise für die Minderbemittelten mit der Zeit unerschwinglich werden, dürfte jedem klar sein. Mancher kinderreiche Familienvater wird nicht ohne Sorgen in die Zukunft sehen.

— **Neue Richtpreise für Ziegelwaren.** Die Richtpreise für Ziegelwaren wurden wie folgt festgesetzt: Für je 100 Stück Maschinensteine 125 Mk., Grün (ungebrauchte) Steine 75 Mk., Miberschwänze, Groß etwa 18/38 je nach Sorte, 210 Mk. und 195 Mk., Preßkalksteine, je nach Sorte 340 Mk. und 320 Mk.



Strangal... nach Seite 320 Nr. 1 und 300 Nr. 1 und für das Stück Fische 1.25 Mk.

**Vom Roten Kreuz.** In der Hauptversammlung des württ. Landesvereins vom Roten Kreuz wurde über die Umstellung der Kriegs- in die Friedensarbeit Beschluß gefaßt. Unter den Friedensaufgaben ist besonders zu erwähnen die Gründung eines Mutterhauses der Charloften Schwestern in Cannstatt (Hotel Hermann), das Schwesternheim in Tübingen, die der Oberleitung der Gräfin Alexandrine v. Urff in Wiesbaden unterstellt werden, ferner der Rettungs- und Krankentransportdienst im ganzen Land. Nach dem Kassenbericht betrug die Umsatz während des ganzen Kriegs 120 Millionen; in laufenden Jahr hatte der Verein noch 15 Millionen Einnahmen und 14 Millionen Ausgaben. Die Namen der Gefallenen oder Geforderten 44 Schwestern und 31 Pfleger werden in eine Ehrentafel im Sitzungssaal des Verwaltungsrats aufgenommen werden.

**Schiffbruch.** Bei starkem Sturm ist in der Nacht zum Freitag der deutsche Dampfer „Cereol“ bei Hoek van Holland gestrandet. Die Besatzung ist gerettet.

### Württemberg.

**Stuttgart, 7. Dez. (Kohlenferien.)** Wegen der mangelhaften Brennstoffversorgung werden an sämtliche höheren Schulen Württembergs die Weihnachtsferien vom 20. Dezember bis 7. Januar dauern. Nötigenfalls kann aber die Ferienzeit auch verlängert werden. In Groß-Stuttgart werden sämtliche Schulen am 19. Dezember schließen und am 13. Januar den Unterricht wieder aufnehmen.

**Stuttgart, 7. Dez. (Stillelegung eines Hospitals.)** Das mit ansehnlichem Stiftungsvermögen ausgestattete Ludwigs-Hospital in der Lindenspielfstraße ist genötigt, den Betrieb einzustellen, da die Zinsenerträge nicht mehr ausreichen, die stark gestiegenen Betriebskosten zu decken. Die Stadtverwaltung ist bereit, das schöne Hospital nachweislich zu übernehmen unter Weglassung der chirurgischen Abteilung. Die Krankenkassen wären bereit, das Spital zu übernehmen und in eine Lungenheilstätte umzuwandeln. Auch das Rote Kreuz ist Liebhaber und zwar würde es das Spital als Mutterhaus für die Rote-Kreuz-Schwestern benötigen.

**Stuttgart, 7. Dez. (Aufruhrprozess.)** Das Urteil lautet: Rhein, Wörz, Lauter, Bücheler und Glemser werden wegen versuchten Totschlags und erschwerter Aufruhrs zu je 1 Jahr Gefängnis, Duppenbauer und Wittner wegen Aufruhrs zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt unter Einrechnung von 4 bzw. 3½ und 1 Monaten Untersuchungshaft. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt.

**Stuttgart, 7. Dez. (Schlägerei.)** In einem Wirtshaus der Altstadt entstand zwischen dem Wirt und zwei Gästen eine Schlägerei. Die beiden Gäste mußten über zugerichtet ins Spital gebracht werden.

**Vaihingen a. F., 7. Dez. (Diebstahl.)** Kürzlich wurde einem hiesigen Wirt der wertvolle Hund von der Kette weg aus dem Hof gestohlen, ein starkes und scharfes Tier von ansehnlicher Größe. In einer der letzten Nächte wurden einem Wälderhändler aus der Gegend von Nördlingen, dessen Schafherde bei Jägerho nährte, aus dem Pferch vier Schafe gestohlen und im nahen Wald abgeschlachtet. Die Felle liefen die Diebe liegen.

**Heilbronn, 7. Dez. (Zur „Stadt“ befördert.)** Die Gemeinde Bödingen bei Heilbronn ist in Anbetracht der starken Vermehrung der Einwohnerzahl in die Zahl der mittleren Städte des Landes eingereiht worden.

**(-) Oberndorf, 7. Dez. (Es reicht nicht mehr.)** Der Gemeinderat hat beschloffen, den Gemeindebeamten und -Angestellten 50 Prozent der Sätze der staatlichen Besoldungszulage vom Oktober d. J. zu gewähren. Die Beschäftigten sollen darauf hingewiesen werden, daß die Stadt weitere Zuwendungen in dieser Höhe nicht mehr machen können, da sie am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei.

**Leutkirch, 7. Dez. (Diebstahl.)** In der Käsernrieden bei Nischstetten wurden 240 Pfund Butter gestohlen.

### Parteitag der Zentrumspartei.

**Stuttgart, 5. Dez.** Der zweite Tag brachte die Berichte über die Reichs- und Landespolitik. Justizminister Holz beleuchtete die Haltung der Fraktion in der Reichsregierung und Nationalversammlung. Den alten Reichstag triffe die Schuld, daß er eine vernünftige Kriegspolitik wohl geahnt, aber nicht die nötige Energie besessen habe, sie durchzuführen. In seiner Entschuldigung diene, daß er nie einen vollen Einblick in die Dinge bekommen habe. Die erste Notwendigkeit nach dem Zusammenbruch am 9. November 1918 sei die Bildung einer Regierung gewesen. Auch das Zentrum mußte mitleiden, weil so die einzige Möglichkeit war, die Sozialdemokratie zu mäßigen. Wenn man heute die Republik anerkenne, so bedeute dies keinen Wesenswechsel, sondern nur die Anerkennung von unvermeidbaren Tatsachen. Nach dem Verschwinden der preussischen Vormachtstellung habe in der Zentralisation ein Ersatz geschaffen werden müssen, um ein Auseinanderfallen des Reichs zu verhüten. Die Streikfront hat nachgelassen, Ruhe und Ordnung fangen an wieder einzutreten. Bei der Kirchen- und Schulpolitik mußte die Partei teilweise nachgeben, um nicht alles zu verlieren. Erzberger habe in der Finanzpolitik wenigstens einen Plan gebracht. Die Früchte werde man aber erst beim nächsten und übernächsten Etat sehen.

Abg. Bod erstattete Bericht über die Landtagspolitik. Auch bei der Vereinheitlichung des Reichs muß der Eigenart der Stämme Rechnung getragen werden. Größers Taktik gelang es, mit der Sozialdemokratie ein Arbeitsprogramm zu vereinbaren, wodurch unser Wirtschaftsleben vor radikalen Experimenten bewahrt blieb. Angesichts der Stimmung der Massen mußte auf die Monarchie verzichtet werden, aber auch das

andere Extrem, das Rätesystem, würde ausgeschaltet. Das Betriebsrätegesetz erscheine geeignet, einen sozialen Frieden der Verständigung bringen. Dem Begriff der Sozialisierung habe die Sozialdemokratie nun einen anderen Inhalt gegeben. Man könne jetzt sagen: Sozialisierung ist Einflußnahme des Staats auf das Wirtschaftsleben. Dagegen könne auch vom Standpunkt des Zentrums nichts eingewendet werden. Der Redner schildert dann die Arbeit der Fraktion zu Gunsten des Mittelstands und des Handwerks und ihre Bemühungen für Erhaltung von Kirche und Schule.

Die Aussprache nahm den ganzen Nachmittag in Anspruch. Der Parteitag sprach zum Schluß der Landtags- und Reichstagsfraktion das volle Vertrauen aus und billigte ihre Politik. An den Reichsfinanzminister Erzberger wurde ein Begrüßungstelegramm abgefaßt.

### Baden.

**Karlsruhe, 7. Dez.** Die der sozialdem. Partei angehörenden Vorstandsmitglieder des evangel. Volkstirchbunds haben beim Vorstand den Antrag gestellt, er möge sofort bei der Generalsynode dahin vorstellig werden, daß das öffentliche Kirchengesetz für Kaiser und Fürsten, das gesprochen werden darf, wenn der Geistliche oder der Kirchengemeinderat das Bedürfnis dazu empfinde, ganz unterbleibe und an dessen Stelle ein Gebet für Volkswohl und Vaterland eingefügt wird.

**Karlsruhe, 7. Dez.** Im Stadteil Durland wurden 5 Zentner Tabak im Wert von etwa 10000 Mark beschlagnahmt, die über den Rhein geschmuggelt worden waren. Die Schieber, ein Schlosser und ein Schiffer sind verhaftet.

**Pforzheim, 7. Dez.** Die bekannte Uhrkettenfabrik Kollmar u. Jourdan A.-G. wird ihr Aktienkapital um 2½ Mill. Mark erhöhen.

**Heidelberg, 7. Dez.** Die „Heidelberger N. Nachr.“ melden, daß sich ein Verbrechen nach ein Mord in der Stadt in Untersuchung wegen des Ankaufs eines Brandstoffs in der Altstadt steht.

**Zauberschießheim, 7. Dez.** Wegen Kohlenmonoxids hat das Gymnasium den Unterricht bis Anfang Januar eingestellt.

**Baden, 7. Dez.** Wegen Giftmords an ihrem Ehemann ist die 23jährige Landwirtin Zimmermann verhaftet worden. Ihr Ehemann, der 50jähr. Landwirt Franz Zimmermann, war am Sonntag abend plötzlich gestorben. Die Untersuchung ergab, daß sein Tod auf Vergiftung zurückzuführen ist; im Magen des Toten fand man eine erhebliche Menge Arsenik. Die Frau hatte Zudegebäd hergestellt; diejenigen Stücke, die sie ihrem Mann anbot, waren mit Arsenik gefüllt. Am jeden Versuch ihres Mannes zu unterbrechen, hatte die Frau selbst von dem Zudegebäd gegessen, aber nur solche Stücke, in denen kein Gift war.

**Freiburg, 7. Dez.** Beim Uebersteigen der Gleise wurde im Hauptbahnhof der 15jährige Magazinarbeiter August Böcker aus Exau von einer Lokomotive erfaßt, überfahren und sofort getötet.

### Vermischtes.

**Todesurteil.** Wegen Raubmords verurteilte das außerordentliche Kriegsgericht in Hamburg den Hafensarbeiter Kosi und den Fischer Ahrens aus Hamburg zum Tode. Die Verurteilten haben am 3. September zwei Beamte der Wasserbauinspektion, die eine Kiste mit 75000 Mark Vohngeldern trugen, ermordet und beraubt.

**Gasvergiftung.** In ihrer Wohnung in der Erziesereistraße in München wurden der Tagelöhner Josef Grohmann und seine Ehefrau, sowie deren zwei Kinder tot aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung durch unterirdischen Gasrohrbruch vor.

**Geisteskrankheiten und ihre Heilung im Alter.** Die Ärzte, die vor mehr als zwei Jahrtausenden, besonders im alten Griechenland, lebten, haben auch in der Beobachtung von Geisteskrankheiten mehr Kenntnis entwickelt, als man glauben sollte. Obgleich die Geisteskranken überhaupt nicht in ärztliche Behandlung, sondern vielmehr als heilig verehrt und besonders von Priestern in Tempeln für Orakelrätungen mißbraucht wurden, der Vater der Heilkunde, Hippokrates, untersuchte viel Arten der Geisteskrankheit mit Namen, unter denen die er Melancholie und der Manie heute noch allgemein verständlich sind. Von den Merkmalen der Geisteskrankheit schreibt auch er dem Größenwahn eine besondere Bedeutung zu. Behandelt wurde die Geisteskrankheit hauptsächlich mit Bädern und durch Schakelbewegungen, sowohl an Bett wie im Wasser, ferner mit Musik, und zwar galt es für die Melancholie einerseits und für die Exzessionszustände andererseits bestimmte Melodien. Außerdem werden auch Arzneien verwendet, hauptsächlich solche zur Schlafherbeutung, vor allem der Opiumarten (Opium) oder Nieswurz und das Wilsenkraut, das später im Hamleie weniger harmlose Rolle spielt.

**ep. Heimkehr der Gefangenen aus Sibirien.** Nach einer Mitteilung der Reichsregierung an den Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sind in den letzten Monaten über 3000 Kriegsgefangene und 4000 Zivilgefangene aus Sibirien nach Deutschland zurückgekehrt, nachdem durch das Zurückweihen des Admirals Koltischal der Landweg über Moskau und Petersburg freigeworden war. Die Heimkehr der übrigen — rund 32000 — hängt einzig und allein in der Beschaffung des Schiffsraums, worüber mit japanischen und amerikanischen Reedereien bisher günstig verlaufene Verhandlungen geführt werden; gleichzeitig ist auch die Entente mit allem Nachdruck aufgefordert worden, einigen beschlagnahmten deutschen Schiffen die Ausreiselaubnis zu geben. Da wir ganz auf die Schiffe fremder angewiesen sind, kommt uns die Heimbeförderung eines einzigen Gefangenen aus Sibirien auf nicht weniger als 11000 Mark zu stehen.

### Aus dem Bezirk.

**Wildbad, 8. Dezbr.** Rette Frächtden! Am Sonntag, den 7. Dezember 1919 nachmittags um 5 Uhr, beging der verh. Zimmermann Karl Volt von hier die Löwenbergstrasse. In der Nähe der früheren Uhlendshöhe wurde Volt ahnungslos durch einen in dortiger Nähe abgegebenen starken Schuß von Eisenstücken u. s. w. betroffen und durch die Sprengung über eine Mauer auf ein Feld geworfen, wobei er erheblich durch die Sprengstücke verletzt worden ist. Die Täter wurden durch die Polizei festgestellt. Es sind junge Burschen im Alter von 15 bis 17 Jahren, welche den Sprengstoff auf strafbare Weise teils ihren Eltern und teils im Walde Stockholzsprengern entwendet hatten. Der Sprengstoff war somit in recht fahrlässiger Weise aufbewahrt gewesen und zum Teil in bewohnten Gebäuden. Die Burschen schossen aus einem alten Wasserleitungsrohr. In letzter Zeit sind hauptsächlich abends schon mehrere solche Schüsse abgegeben worden, vermutlich ebenfalls von solchen jungen Burschen.

Den Eltern und allen, welche mit Sprengstoff umgehen, kann daher die vorschriftsmäßige Aufbewahrung des Sprengstoffes nur dringend ans Herz gelegt werden, damit solche Sachen nicht wieder vorkommen.

**Calmbach, 8. Dez.** Bei der gestrigen Wahl zum Kirchengemeinderat haben von 1224 Wahlberechtigten 538 abgestimmt, also 44 %. Bei der Abstimmung waren alle Kreise der Gemeinde annähernd gleichmäßig vertreten; besonders zahlreich haben die Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Gewählt sind: Gottlob Proß, Mechaniker, 529 Stimmen; Friedrich Keppler, Sägewerksbesitzer, 503 St., Karl Häberten, alt Schulheiß, 500 St., Karl Barth, Plombmeister, 498 St., Friedrich Lührer, Rektor, 495 St., Wilhelm Neumann, Bäcker, 483 St. Der sozialdemokratische Verein hatte einen eigenen Wahlvorschlagn abgegeben, der aber nur 32mal unverändert abgegeben wurde. Durch dieses Ergebnis hat die Wählerschaft unzweifelhaft kundgegeben, daß die politischen Parteigegegnisse nicht auch in das kirchliche Gemeindeleben hineingetragen werden sollen. Auf diesem neutralen, gemeinsamen Boden ist jeder, der mitun will, gleich wert und willkommen ohne Unterschied des politischen Glaubensbekenntnisses.

### Sprechsaal.

Nach den vor einiger Zeit im „Sozial-Boten“ erschienenen Bekanntmachungen der hiesigen Arbeitslosenanstalt sollte ab 1. Dezbr. er. ein Vorkurs für kaufmännische Ausbildung stattfinden. Die eingegogenen Erfindungen haben leider ergeben, daß wegen der auch zu geringen Anzahl der Meldungen der Kurs vorerst nicht stattfinden kann. Dies ist sehr zu bedauern und umso mehr, als nur wenige Meldungen fehlen, um die erforderlichen Geldmittel zu garantieren. Bei den heutigen Verhältnissen kann ein junger Mensch ganz gleich welchen Geschlechts, niemals genug lernen, wenn er nicht später durch die sich überfüllenden Ereignisse plötzlich drohlos dastehen will. Vor allem aber sei doch hier gesagt, daß ein kaufmännischer Beruf oder der Beruf als Handwerker heute und vor-aussichtlich noch auf lange Zeit hinaus, dem Beamtenstand oder den freien Berufen, überhaupt allen Berufen, die sich mehr mit geistiger Tätigkeit als mit der Hände Arbeit befassen, vorzuziehen ist. Sich hierüber weiter anzulassen, ist nicht nötig, das ist nämlich schon lange eine allbekannte Tatsache. Manche Stadt würde den ausgiebigsten Gebrauch von einer solchen gebotenen Gelegenheit machen. Wenn auch im ersten Augenblick die Kosten etwas hoch erscheinen mögen, so ist doch dabei zu berücksichtigen, daß mehrere neue Lehrkräfte angenommen werden müssen und daß ein solcher Kurs auswärts genommen, bedeutend mehr Mittel erfordert. Es ist daher eigentlich unverständlich, aus welchem Grunde ein solches Unternehmen hierorts nicht mehr unternommen wird. Auch der kleine Handwerker und Kaufmann muß heute bedeutend mehr Kenntnisse besitzen wie vor etwa 30 Jahren, zumal im Kampfe mit der Großindustrie, das ist doch klar.

Es wäre daher sehr zu bedauern, wenn sich die noch fehlenden Teilnehmer, etwa 8-10, nicht noch finden sollten. Damit der Kurs etwa am 1. Januar 1920, wie uns in Aussicht gestellt wurde, doch eröffnet werden kann. Die Arbeitslosenanstalt existiert doch, auch ohne diesen Kurs, diese Anregung erfolgt lediglich im Interesse unserer Jugend und auch im Interesse der mit einer starken Kinderzahl gesegneten Eltern. Ein Interessent!

10. Dez.	bis 8. Jan.	1.-13. März	15. März
Zeichnungsschluss der Spar-Prämienanleihe	Einzahlung	Aushändigung d. Stücke an den Zeichner	Erste Gewinnziehung



## Bekanntmachung,

betreffend

die Auslegung des Viehsteuern-Umlage-Verzeichnisses.  
Das auf Grund der Art. 9 und 10 des Ausführungs-  
gesetzes zum Viehsteuergesetz vom 8. Juli 1912 (Reg.-Bl.  
S. 279) für das Rechnungsjahr 1919 gefertigte Viehsteuern-  
Umlageverzeichnis ist gemäß § 349 Abs. 3 der Ausführungs-  
vorschriften zu obigem Gesetz vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl.  
S. 293)

vom 10. Dezember bis 16. Dezember 1919  
auf dem Rathaus (Meldeamt) zur Einsichtnahme durch die  
Tierbesitzer aufgelegt.

Innerhalb dieser Frist von 6 Tagen können gegen die  
Einträge in dem Verzeichnis von den Beteiligten Tierbesitz-  
ern bei dem Ortsvorsteher Einwendungen erhoben werden.  
Spätere Einwendungen finden keine Berücksichtigung.  
Wildbad, den 8. Dezbr. 1919.

Stadtschultheißenamt: Baehner.

Ev. Gemeinde Wildbad.

### Kirchengemeinderatswahl.

Da die Kirchengemeinderatswahl am 7. Dezember nicht  
die genügende Beteiligung gefunden hat, wird dieselbe fort-  
gesetzt am nächsten Sonntag, den 14. Dezember,  
nachmittags von 3 bis 4 Uhr wieder in der Stadt-  
kirche. Diejenigen Gemeindeglieder, die noch nicht gewählt  
haben, werden freundlichst gebeten, es nachzuholen. Stim-  
zettel mit Wahlvorschlag liegen auf im Vorraum der Kirche.

Ev. Stadtpfarramt:

Dr. Federlin, Stadtpfarrverweser.

### Die hiesige Kleinkinder-Schule

hält am Montag, den 22. Dezember, nachm. 4 Uhr  
ihre

#### Christ-Feier

in der evang. Stadtkirche ab, zu welcher herzlichst ein-  
geladen wird.

Gaben für die Kinder werden von Frau Stadtschul-  
theißen Böhner (im Rathaus), Frau Kaufmann Ph. Bösch,  
den Schwestern und dem Unterzeichneten dankbar entgegen-  
genommen.

Stadtpfarrverweser:  
Dr. Federlin.

### Alle Hausbesitzer

von Calmbach werden zu der am Mittwoch,  
den 10. Dezember, abends 7 Uhr im Gasthaus zum  
„Anker“ stattfindenden

#### Gründungs-Berammlung

eingeladen. Tagesordnung:

Die Lage und Not des Hausbesitzerstandes.

Zu recht zahlreichem Besuche laden herzlichst ein

Die Einberufer.

## Meisterprüfungen.

Die Formulare zur Anmeldung sind eingetroffen  
und können bei Herrn Sixt in der Wilhelmsschule abge-  
holt werden.

Der Vorstand der Gewerbe-Schule:  
J. B. Dr. Großmann.

### Mitteilung!

Meine Werkstätte befindet sich jetzt im Hause  
**Hauptstrasse 117 parterre.**  
Hermann Lutz, Schuhmacher.

### Kaufe jeder Art Felle auf

vom Maulwurf bis zum Fuchs bei den besten Preisen.  
**Pelzwarengesch. Paul Toussaint**  
Kochstrasse 183.

### Jeder alte Hut

wird bei mir modern umgeformt und  
gefärbt. - Kurze Lieferzeit.

**Georg Kohm, Pforzheim**  
Herren- und Damenhut-Fabrik.

Scheuernstrasse 8

in der Nähe vom Warenhaus Wroncker.



### Schuhwaren

☞ Pantoffeln ☞

und Hauschuhe mit Leder-  
Gummi-Abzüge, Leder-, Macco-, Seide- u. Eisen-  
garriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhercreme in  
schwarz, weiß und farbig empfiehlt

**Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.**

### Briefumschläge

mit und ohne Aufdruck liefert

Wildbader Verlagsdruckerei

## Den Weg zum Kunden

findet jeder Geschäftsmann durch  
ein Inserat im „Enzial-Boten“  
und „Calmbacher-Tagblatt“.

### Frauen

schützen sich sicher vor  
unwünschten Umstän-  
den. Vorzüg. ärztl. em-  
pfohlenes Präparat. Pro-  
spekt kostenlos und ver-  
schl.

Spezialitäten-Vertrieb

„Salus“

Geittrou n. R.

Café Bechtle - Weinstube  
Wildbad.

Ia. alte und neue  
**Rot- und  
Weissweine**  
im Ausschank.

Ziegenfelle 70 Mk.  
Rehfelle 32 Mk.  
Winterfeldhasen-  
felle 8 Mk.

Obige Preise  
bezahlt je 4 für große  
gutbehaltene Felle.  
Fuchs, Marder, Zitis  
sowie alle andern Felle  
allerhöchste Preise.

**E. Malschhofer**  
Moderne Tierausstatterei  
Pforzheim Lindstr. 52  
Telephon 1501. 1919

Guterhaltenes

### Piano

oder Flügel aus Pri-  
vathand zu kaufen ge-  
sucht. Angeb. unter Chiffre  
Z. V. 1473 an Rudolf  
Mosse, Stuttgart erbeten.

**Zeichnungs-schluss: 10. Dez. 1919 • Einzahlungstermin: 1.-8. Januar 1920 • 1. Ziehung: März 1920**

## Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

### Jährliche Gewinne:

10 Gewinne zu Mark 1000000	Mark 10000000
10 " " "	500000 " 5000000
10 " " "	300000 " 3000000
10 " " "	200000 " 2000000
20 " " "	150000 " 3000000
40 " " "	100000 " 4000000
100 " " "	50000 " 5000000
200 " " "	25000 " 5000000
400 " " "	10000 " 4000000
600 " " "	5000 " 3000000
800 " " "	3000 " 2400000
800 " " "	2000 " 1600000
2000 " " "	1000 " 2000000
<b>5000 Gewinne</b>	<b>Mark 50000000</b>

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinn-  
ziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Ziehung erlosene  
Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

### eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Anleihe und 500 Mark in bar, und zwar  
bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Anleihe 1.-8. Januar 1920.

Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

**Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.**